

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Ulrich Maurer MdL zur Aufgabenstellung der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg: Soziale und ökologische Vorreiterrolle übernehmen.

Seite 1

Klaus Hahnzog MdL zu einer Initiative der SPD im Bayerischen Landtag: Bei Verbrechensbekämpfung nicht die "Oberwelt" ausklammern.

Seite 3

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zur Tagung des EG-Entwicklungsministerrates am 18. November 1992: Auf Gemeinsamkeit in der Nord-Süd-Politik orientieren.

Seite 4

### Dokumentation

Der Beschluß des SPD-Parteitages zur Asylpolitik: Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten.

Seite 4

47. Jahrgang / 222

17. November 1992

### Soziale und ökologische Vorreiterrolle übernehmen Zur Aufgabenstellung der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg

Von Ulrich Maurer MdL

Vorsitzender der SPD im Landtag von Baden-Württemberg

Die neue Landesregierung in Stuttgart hat in den ersten Monaten bereits eine Reihe wichtiger Bewährungsproben bestanden und positive Impulse gesetzt. Alles in allem gesehen ist die große Koalition gut aus den "Startblöcken" gekommen. Sie hat gezeigt, daß sie die Lösung der zentralen landespolitischen Aufgaben mit Entschlossenheit angehen will und daß sie auch bereit ist, neue Wege zu beschreiten und eingefahrene parteipolitische Pfade zu verlassen.

Die große Koalition in Baden-Württemberg ist keine Wunschkonstellation, sondern eine das Wahlergebnis vom 5. April 1992 respektierende Notwendigkeit. Neuwahlen wären kein Ausweg in dieser Situation gewesen und so gab es keine Alternative zu der jetzt amtierenden Regierungskoalition - so gravierend die politischen Unterschiede und Vorbehalte nach einem sehr harten Wahlkampf auch waren.

Baden-Württemberg braucht gerade jetzt eine starke und handlungsfähige Regierung, um Sachlösungen für zentrale Problemfelder zu finden, die teilweise schon über Jahre hinweg auch von CDU-Aleinregierungen nicht bewältigt wurden. Hinzugekommen sind große Aufgaben nach der Einheit Deutschlands und der Öffnung Europas. Deshalb ist gerade jetzt eine Regierung unverzichtbar, die sich mit Entschlossenheit an die Lösung der drängenden Sachfragen macht, um in unserem Land Lebensqualität zu gewinnen und den gefährdeten wirtschaftlichen Spitzenplatz zu sichern.

Die für vier Jahre gebildete große Koalition ist aus der Notwendigkeit heraus entstanden, sie ist aber zugleich auch eine große Chance für Baden-Württemberg, um jetzt Strukturreformen anzugehen, die für die Zukunft des Landes prägend sein werden. Wir Sozialdemokraten setzen uns ein für ein Baden-Württemberg, das eine soziale und ökologische Vorreiterrolle in Europa übernimmt. Wir möchten in einem Land leben, in dem sich höchste ökonomische und höchste ökologische Kompetenz miteinander verbinden, damit wir unsere Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand auch für die Zukunft bewahren können.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
mit 100% Recycling-Papier



In einer Situation, da in der Bundesrepublik die Probleberge ständig anwachsen und immer mehr längst überfällige Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden - und wo der Verdruß über dieses Aussitzen täglich stärker wird -, haben wir in Baden-Württemberg keines der strittigen Themen in der Koalitionsvereinbarung ausgeklammert, sondern uns intensiv um Sachlösungen bemüht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Eine Entscheidungsblockade auf vier Jahre hätte dem Land großen Schaden bereitet.

Anstelle einer gefährlichen politischen Lähmungsphase haben sich SPD und CDU in Baden-Württemberg auch in den besonders polarisierten Themenkomplexen verständigt und als Grundlage der Koalitionsregierung Lösungskonzepte für die besonders drängenden Problemfelder vereinbart.

Dies sind in erster Linie:

- die energische Bekämpfung der Wohnungsnot in Baden-Württemberg
- die Lösung der Zuwanderungsproblematik
- die Einführung einer Pflegeversicherung
- die notwendige Reform des Gesundheitswesens
- die Sanierung des Landeshaushaltes durch harte Sparpolitik
- die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg
- eine Reform der Verwaltung zum Abbau bürokratischen Zentralismus und zum Ausbau kommunaler Selbstverwaltung
- Verbesserung der Situation im Bereich der Polizei und im Bildungswesen.

Für Baden-Württemberg, das in so außerordentlich starkem Maß mit der Automobil- und Verkehrsindustrie verbunden ist, wird es entscheidend darauf ankommen, zukunftstaugliche und intelligente Konzeptionen zur Bewältigung der Verkehrsproblematik zu entwickeln und exemplarisch anzuwenden. Ein großer Investitionsbereich der Landesregierung für die kommenden Jahre ist daher der schienen- und öffentliche Personennahverkehr, wo außerordentlich große Anstrengungen unternommen werden sollen.

Die SPD will den Erfolg dieser Landesregierung für Baden-Württemberg, und sie wird die neue Landesregierung mit konstruktiver Loyalität begleiten und unterstützen. Loyalität bedeutet allerdings auch, daß wir darüber wachen und darauf bestehen werden, daß Geist und Inhalt der Koalitionsvereinbarung auf Punkt und Komma eingehalten werden, ohne daß dies den gesunden Wettbewerb um die besten Lösungsvorschläge ausschließen darf.

Die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg stellt sich dieser Aufgabe gerne. Ich bin voller Zuversicht, daß die Kombination aus tatsächlicher gemeinsamer Problembewältigung und Ideenkonkurrenz um die besten Zukunftskonzeptionen den größten Nutzen für Baden-Württemberg und die hier lebenden Menschen bringen wird.

(-/17. November 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Bei Verbrechensbekämpfung nicht die "Oberwelt" ausklammern**  
**Zu einer Initiative der SPD im Bayerischen Landtag**

**Von Klaus Hahnzog MdL**  
**Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)**  
**Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

So wie die organisierte Kriminalität sich nicht auf die "Unterwelt" beschränkt, so muß auch der Kampf dagegen die "Oberwelt" mit einbeziehen. Ein entsprechender SPD-Antrag war von der CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag im Dezember des letzten Jahres abgelehnt worden.

Als Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität werden derzeit vor allem Rauschgiftkriminalität, bandenmäßiger Diebstahl, Hehlerringe, Verschiebung hochwertiger Kraftfahrzeuge ins Ausland, illegaler Waffenhandel, Milieukriminalität im Umfeld der Prostitution und Schutzgelderpressung genannt. Mit Armin Nack, Richter am Bundesgerichtshof, bin ich der Meinung, daß sich organisierte Kriminalität nicht auf die "Unterwelt" beschränkt, sondern sehr wohl auch die "Oberwelt" betrifft, wenn beispielsweise beim Ausschreibungsbetrug enorme volkswirtschaftliche Schäden entstehen, die meistens von der Allgemeinheit getragen werden müssen, und staatliche oder andere öffentliche Stellen korrumpiert werden.

Organisierte Kriminalität liegt auch dann vor, wenn der Zusammenhalt der Beteiligten durch ein Netz von Informationen und Absprachen oder durch Belohnungen und Sanktionen gewährleistet und dadurch das Verhalten unter den Beteiligten abgestimmt wird. Dazu gehören Ausschreibungsbetrug, Subventionsbetrug, Umweltstraftaten, Korruption, illegaler Rüstungsexport und Kreditwucher.

Bereits im letzten Jahr forderte die SPD die bayerische Staatsregierung zu Initiativen auf, um Manipulationen durch Ausschreibungen wirksam strafrechtlich begegnen zu können. Ziel war, den Straftatbestand des Ausschreibungsbetruges zu schaffen, damit nicht länger diejenigen, die durch ihre Absprachen Schäden in Millionenhöhe verursachen, lediglich den Ordnungsruf des Bußgeldes erfahren, das möglicherweise dann noch als Betriebsausgabe abgeschrieben werden kann, während ein kleiner Zechpreller von der ganzen Wucht des Strafgesetzbuches erschlagen wird. Die CSU-Mehrheit weigerte sich in der Vollversammlung des Landtags vom 12. Dezember 1991, einer entsprechenden Ahndung von Abschreibungsbetrug als krimineller Tat zuzustimmen.

Gerade die letzten Monate haben aber gezeigt, daß durch Manipulationen und Absprachen bei Ausschreibungen volkswirtschaftliche Schäden in Millionenhöhe entstehen. Deshalb werden wir die CSU-Fraktion erneut zum Schwur bringen - in der Hoffnung, daß sie endlich handelt. Wenn CSU und Staatsregierung den Kampf gegen das organisierte Verbrechen ernst nehmen, dürfen sie nicht länger die "Oberwelt" ausklammern.

(-/17. November 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Auf Gemeinsamkeit in der Nord-Süd-Politik orientieren**  
**Zur Tagung des EG-Entwicklungsministerrates am 18. November 1992**

**Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB**  
**Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Auf der Tagung des EG-Entwicklungsministerrates gilt es, sich einmütig für eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik zu entscheiden. Leider fehlte dieser Aspekt der Gemeinsamkeit bei den letzten Verhandlungen und Entscheidungen in internationalen Gremien der Entwicklungszusammenarbeit, seien es die GATT-Verhandlungen, sei es die Weltbank-Entscheidung zum Narmada-Projekt in Indien.

Wenn wir ernsthaft den europäischen Binnenmarkt und die im Maastricht-Vertrag angestrebte gemeinsame Außenpolitik sowie eine Harmonisierung der Entwicklungspolitik wollen, müssen die Mitglieder des EG-Entwicklungsministerrates hier Schritte einleiten.

Die Europäer müssen nicht nur bei der UNO, sondern auch in anderen internationalen Gremien eine effektiv arbeitende EURO-Group bilden, in der ihre Politik abgestimmt wird. Ich fordere den deutschen Vertreter im EG-Entwicklungsministerrat auf, dies zu initiieren.

(-/17. November 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten**

Der SPD-Parteitag hat zur Asylpolitik folgenden Beschluß befaßt:

Deutschland ist ein weltoffenes Land und muß es bleiben. Die Menschen in unserem Lande, die Städte und Gemeinden sehen sich jedoch durch die hohe und rasch wachsende Zuwanderung überfordert, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Arbeitslosigkeit steigt, der Wohnungsmangel wächst und die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern die gesellschaftliche Kraft in besonderer Weise in Anspruch nimmt. Die damit verbundenen politischen und sozialen Spannungen drohen die Stabilität unserer Demokratie zu untergraben und die Aufnahmebereitschaft für politisch Verfolgte grundsätzlich infrage zu stellen.

Angeichts dieser Entwicklung muß verantwortliche Politik folgende Maßnahmen ergreifen:

49. Wir müssen mit allen dem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln jeder Form von Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten und die uneingeschränkte Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols sichern.

50. Die gesellschaftliche Integration der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer muß verbessert werden, indem wir das Recht auf Einbürgerung ausweiten und die Doppelstaatsangehörigkeit generell zulassen.
51. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen das Bleiben in ihrer Heimat zu ermöglichen. Dazu muß nachdrücklicher als bisher auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt und die wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für Länder des Südens und Osteuropas nachhaltig verstärkt werden. Wir werden hier für die öffentlichen entwicklungspolitischen Leistungen (ODA) der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000 schrittweise auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöhen.
52. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen werden wir so lange ein rechtlich abgesichertes Bleiberecht gewähren, bis ihnen wieder eine Rückkehr in ihre Heimat möglich ist. Damit soll gesichert werden, daß diese Flüchtlinge nicht über das Asylverfahren Zuflucht suchen müssen.
53. Wir brauchen ein europäisch abgestimmtes Einwanderungsrecht mit jährlichen Quoten entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität, um auch dadurch eine unbegründete Inanspruchnahme des Asylverfahrens zu verhindern.
54. Das Grundgesetz hat das Asylrecht für politisch Verfolgte zum Individualgrundrecht erhoben. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sichern ihren Schutz durch Völkerrecht, das auch als nationales Recht gilt. Beide Konventionen verlangen überdies einen Mindestrechtsschutz, der nach dem Grundgesetz durch ein Gericht zu gewähren ist (Artikel 19 Absatz 4 GG). Dabei soll es bleiben.

Satz 2 in Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes "politisch Verfolgte genießen Asylrecht" steht deshalb nicht zur Disposition. Als politisch verfolgt gilt, wer Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (Kapitel I, Artikel 1 A) vom 28. Juli 1951 ist. Nach unserem Verständnis wird die Flüchtlingseigenschaft auch durch frauenspezifische Verfolgungsgründe und durch Verfolgung wegen sexueller Orientierung begründet.

- 54.a Wir werden Asylentscheidungen anderer europäischer Staaten anerkennen, die als Teilnehmer der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Nachprüfung durch eine weisungsunabhängige Instanz und die tatsächliche Anwendung dieser Regeln gewährleisten. Die Festlegung entsprechender Zuständigkeiten und der Verbleib der Asylbewerber erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen mit diesen Ländern.
- 54.b Asylbewerber, die die Bundesrepublik Deutschland über eines der in Ziffer 54a genannten Länder erreicht haben oder die des Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland nicht bedürfen, weil ihre Flucht in einem anderen Land geendet hat, müssen in das Drittland zurückkehren. Hingewirkt werden soll auf eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern in Europa, um das deutsche Asylverfahren zu entlasten.

54.c Eine pauschale Ablehnung von Antragstellern aus bestimmten Ländern ist nach der Genfer Flüchtlingskonvention unzulässig. Unter Beachtung von Ziffer 54 Absatz 1 muß aber ein deutlich beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren für jene Asylbewerber möglich sein, bei denen aufgrund ihres Herkunftslandes eine individuell widerlegbare Vermutung besteht, daß ihr Antrag offensichtlich unbegründet ist.

54.d Ein beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren soll auch gelten für Asylbewerber,

- die ihre aktive Mitwirkung an der Prüfung ihres Antrags dadurch verweigern, daß sie falsche Angaben zur Person machen oder wichtige Personaldokumente bewußt beseitigen oder fälschen,
- die durch mehrfachen Asylantrag Leistungsmissbrauch betreiben,
- die in erheblicher Weise straffällig geworden sind.

Ihre Anträge sind schnell zu entscheiden, um ihre Abschiebung zu ermöglichen.

55. Alle Möglichkeiten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes sind konsequent und unverzüglich auszuschöpfen. Dazu gehört insbesondere die Einstellung des erforderlichen Personals, die technische Ausstattung zur eindeutigen Identifizierung von Antragstellern und die Bereitstellung von Bundesliegenschaften für die Unterbringung. Notwendig ist auch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für das gesamte Verfahren beim Bund. Darüber hinaus sind besondere Anstrengungen für rasche Entscheidungen über die mehr als 400.000 Altfälle nötig.

56. Wir werden das Schlepperunwesen bekämpfen und die Grenzkontrollen gegen illegal Einreisende verbessern.

57. Um den Anreiz zu verringern, daß Asyl offensichtlich unbegründet beantragt wird, sollen während der beschleunigten und vereinfachten Verfahren weitgehend Sachleistungen an die Stelle von finanzieller Sozialhilfe treten.

58. Die Zuwanderung von Aussiedlern muß entsprechend der Integrationskraft der Bundesrepublik durch Gesetz gesteuert und begrenzt werden.

Um die Ziele dieses Maßnahmenpakets so schnell und so wirksam wie möglich zu erreichen, sind Legislative und Exekutive gefordert, die verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Umsetzungen vorzunehmen, einschließlich der in den Ziffern 54 Absatz 1 und 2, 54a und 54b erwähnten Klarstellungen und Ergänzungen des Artikel 16 GG.

Weltweite Flüchtlingsströme sind die Folge von unerträglichen Lebensbedingungen in vielen Ländern der Dritten Welt, in denen Armut, Hunger, Unterdrückung und Krieg herrschen. Wir werden uns für eine weltweite Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen einsetzen und die Ursachen dieser Flüchtlingsströme bekämpfen.

(-/17. November 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*